



Ein Frachtschiff erreicht den US-Hafen in Tacoma. Vom Handelskonflikt zum Handelskrieg zwischen den USA und China ist es nicht mehr weit.

China kündigte Vergeltung an

Die Chancen für eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche zwischen den USA und China stehen schlecht. US-Präsident Donald Trump will mit Härte bei den Wählern punkten.

Ines Zöttl aus Washington

Die versöhnlichen Töne überdauerten das Wochenende nicht. Nach dem vorläufigen Scheitern der chinesisch-amerikanischen Handelsgespräche am Freitag hatte sich Donald Trump noch freundschaftlich gegeben. Seine Beziehung zum Amtskollegen Xi Jinping sei „sehr stark“, und die Verhandlungen würden fortgesetzt, versicherte der US-Präsident. Am Montag klang das schon ganz anders: China sei derjenige, der einen Deal unbedingt brauche, warnte Trump drohend auf Twitter. Denn sonst würden viele Unternehmen das Schwellenland verlassen. „Es wird dann niemanden mehr in China geben, mit dem man Geschäfte machen kann. Sehr schlecht für China, sehr gut für die USA!“

Der Handelskrieg zwischen den beiden wichtigsten Wirtschafts-

mächten der Welt geht in eine neue Runde. Seit dieser Woche erheben die USA Strafzölle von 25 Prozent auf Importe aus China im Umfang von 200 Milliarden Dollar. Peking hat am Montag Vergeltung angekündigt: Per 1. Juni werde man die Einfuhrzölle auf US-Produkte im Volumen von 60 Milliarden Dollar entsprechend erhöhen, erklärte das Finanzministerium. Die Eskalation ist damit nicht zu Ende: Die USA haben signalisiert, im nächsten Schritt auch auf die restlichen Importe von rund 300 Milliarden Dollar Zölle aufzuschlagen.

Der Handelskonflikt der beiden Nationen sei das derzeit größte Risiko für die Weltwirtschaft, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) jüngst gewarnt – nun scheint sich das Worst-Case-Szenario zu erfüllen. Anders als

Trump behauptet dürften die Folgen nicht nur die chinesische Wirtschaft, sondern auch die amerikanischen Farmer und Verbraucher zu spüren bekommen. „In der Tat werden beide Seiten zahlen“, räumt sogar Trumps Wirtschaftsberater Larry Kudlow ein. Wenn alle chinesischen Importe mit Zöllen belegt würden, werde das die USA 0,2 Wachstumspunkte kosten, schätzt Kudlow. Doch das sei die Sache wert, findet er.

Im Wahlkampfmodus

Genauso sieht das der selbsternannte „Zoll-Mann“ im Weißen Haus. Trump geht offenbar davon aus, mit einer harten Linie bei seiner Basis punkten zu können. Denn in den USA hat der Wahlkampf um die Präsidentschaft 2020 längst begonnen. China „träume“ von einem Wahlsieg der

Demokraten, ätzte Trump, weil sie dann die USA weiterhin abzocken könnten. So ist fraglich, ob die US-Administration noch auf einen Kompromiss hinarbeiten wird. Weitere Gesprächstermine gibt es bisher nicht. Kudlow zufolge besteht eine „starke Möglichkeit“ für ein bilaterales Treffen von Trump und Xi beim G20-Gipfel Ende Juni in Japan. Schon einmal hatten sich die beiden Präsidenten bei einem persönlichen Gespräch quasi in letzter Minute auf einen Waffenstillstand geeinigt.

Doch nach monatelangen vermeintlich konstruktiven Gesprächen platze der Deal vergangene Woche. Der US-Seite zufolge waren die Chinesen von Zusagen wieder abgerückt und weigerten sich, die Vereinbarungen für eine stärkere Marktöffnung, den Schutz geistigen Eigentums und

das Ende des erzwungenen Technologietransfers gesetzlich festzuschreiben. Die USA ihrerseits behielten sich vor, die Zölle erst dann zu senken, wenn China nachweisbar seine Zusagen umgesetzt habe. Trump habe seinen Unterhändlern vergangene Woche klargemacht, dass „er nicht wolle, dass die USA weich gegenüber China erscheinen“, berichtete das *Wall Street Journal*. Je heißer der Wahlkampf in den USA wird, desto stärker dürfte diese Haltung gelten. Der US-Präsident sei inzwischen davon überzeugt, dass sich Unnachgiebigkeit für ihn politisch mehr auszahle als ein Deal, glaubt auch die *New York Times*. „Trump ist entschlossen, sich härter gegenüber den Chinesen zu präsentieren als jeder seiner möglichen Herausforderer in 2020.“

Kommentar Seite 28

Genlachs ist in Kanada noch kein heißbegehrtes Gut

Ob der Superfisch aus dem Labor ein Mascherl haben soll, wird derzeit diskutiert

Regina Bruckner

Genlachs, so hieß eines der Schreckgespenster der Freihandelsgegner. Unter anderem als heftig diskutiert wurde, ob Österreich dem EU-Freihandelsabkommen Ceta zustimmen soll, wurde der Fisch zum Symbol für ein Lebensmittel aus dem Labor, das über kurz oder lang auch auf den heimischen Tellern landen könnte. Mittlerweile hat auch



Dank artfremder Gene wächst der Fisch auch bei Kälte.

Foto: AP / Alexi Hobbs

Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 7. Mai seine Unterschrift unter das Abkommen mit Kanada gesetzt. Ceta ist damit in Österreich endgültig ratifiziert.

Aquadvantage Salmon, wie die Züchtung der US-Firma Aquabounty Technologies heißt, hat in der EU indes noch keine Freunde. Aber auch den kanadischen Konsumenten scheint er noch etwas unheimlich zu sein. Dem Lachs wurden zwei artfremde Gene eingesetzt, damit er kälteresistent ist und damit auch bei tiefen Temperaturen wachsen kann. Ihm wurde die Ehre zuteil, als erstes gentechnisch verändertes Tier von den Behörden in den USA zum Verzehr zugelassen zu werden. Im Mai 2016, ein halbes Jahr später, genehmigte auch das kanadische Gesundheitsministerium seine Verspeisung.

Hierzulande schrillten bei Umweltschützern wie Global 2000 die Alarmglocken. Man befürchtete, dass der Genlachs beispielgebend dafür wird, was zum Beispiel im Rahmen von Ceta so alles nach

Europa exportiert werden kann. Doch selbst wenn ein Unternehmen wollte: Gentechnisch veränderte Lebensmittel (GVO) würden Konsumenten wohl schlicht nicht kaufen. Enthält ein Lebensmittel in der EU in Spuren gentechnisch veränderte Bestandteile (wie dies etwa bei Futtermittel der Fall sein kann, Anm.), muss dies zudem gekennzeichnet werden.

In Kanada ist der Superfisch schon zu haben. Dass er reißenden Absatz finden würde, könne man aber nicht sagen, heißt es im Außenwirtschaftscenter der Wirtschaftskammer in Montreal. Die Genlachs-Zucht wird erst in einer kanadischen Provinz, in Prince Edward Island, betrieben. Die dort produzierten Lachse würden anteilmäßig am kanadischen Markt derzeit eine zu vernachlässigende Größenordnung darstellen.

Zu keinem einhelligen Schluss ist man in Kanada in Sachen Kennzeichnung gekommen. Drei Jahre nach der Zulassung wird immer noch diskutiert, ob der Fisch mit Gentechnikhintergrund extra

ausgeschildert werden soll. Die US-Behörden hatten zu einem solchen Mascherl Nein gesagt.

In Kanada schiebt man das Thema vor sich her: Obwohl sich verschiedene Lobbys entweder dafür oder dagegen starkmachen, gibt es keine offizielle Regelung, wie und ob die GMO-Gesellen zu kennzeichnen sind. Tendenziell will man eher nichtgenmanipulierten Lachs auszeichnen, so wie das bei Bioprodukten üblich ist. Eine Lösung der Frage scheidet bislang am Geld: Welche Regierungsstelle soll für die Neuetikettierung sämtlicher im Handel befindlichen Lachsprodukte aufkommen, fragt man sich.

Sicher erkennt der Kunde den Superfisch am Preis. Weil er viel schneller wächst, ist er um vieles billiger als die normalen Artgenossen. Brauchen diese 30 Monate, bis sie ausgewachsen sind, dauert es beim Genlachs rund 18 Monate. Außerdem kommt Aquadvantage Salmon mit etwa einem Viertel des Futters aus. Leistbar wäre er also, wenn man nur will.

Infineon forscht an Technologie für kleinere und effizientere Chips

Villach – Unter dem Namen UltimateGaN ist am Montag in Villach ein neues, europäisches Forschungsprojekt unter der Leitung von Infineon Austria gestartet worden. Ziel ist es, kleinere, energieeffiziente Chips zu marktfähigen Kosten zu entwickeln und zu produzieren. 48 Mio. Euro werden in den nächsten drei Jahren investiert. Laut Infineon soll das Projekt „die Energiezukunft einläuten“. 26 Partner aus neun Ländern forschen an der nächsten Energiesparchip-Generation, die auf dem neuen Halbleitermaterial Galliumnitrid (GaN) basiert.

Dieses EU-Projekt mit starker regionaler Verankerung sei ein zentraler Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in Europa, so Sabine Herlitschka, Vorstandschefin der Infineon Technologies Austria. Erwartet wird, dass künftig 25 Prozent des globalen Energiebedarfs auf die Informationstechnologie entfallen, bedingt durch energieintensivere Netze wie 5G oder die vermehrte Nutzung von Blockchains, so Herlitschka. (APA)